

März 2025 – Positionspapier der [Bundeskonferenz der Migrant*innenorganisationen](#) (BKMO) zu den Koalitionsverhandlungen der Bundesregierung 2025

So führen wir Deutschland zusammen.

Eine konkrete Gestaltung der Migrationsgesellschaft für mehr Gleichstellung

Wir als Bundeskonferenz der Migrant*innenorganisationen (BKMO) repräsentieren die Vielfalt der knapp 25 Millionen Menschen mit Migrationsgeschichte in Deutschland. Wir gestalten dieses Land wirtschaftlich und sozial aktiv mit, setzen uns für seine Werte ein und bringen unsere Expertise ein. **Für eine funktionierende Migrationsgesellschaft fordern wir jetzt:**

A. Deutschlands Gesellschaft zukunftsfähig machen

1. Bekenntnis zum novellierten Staatsangehörigkeitsgesetz und Ausbau des Ius Soli-Grundsatzes – keine Rückabwicklung oder Ausbürgerungen.
2. Bundespartizipationsgesetz mit verbindlichen Regelungen zur Ermöglichung gleichberechtigter Teilhabe, Förderung von Chancengleichheit und Beseitigung struktureller Benachteiligung (z.B. Zugang zur Verwaltung).
3. Wahlrecht für alle, die langfristig in Deutschland leben, unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft. Erster Schritt: Allgemeines kommunales Wahlrecht für alle dauerhaft in Deutschland lebenden Menschen, auch für Drittstaatsangehörige.
4. Die Einrichtung eines „Partizipationsrats Einwanderungsgesellschaft“, der mehrheitlich aus Personen mit Migrationsgeschichte besteht und bei allen Gesetzesvorhaben, die die soziale, wirtschaftliche und politische Partizipation von Personen mit Migrationsgeschichte bzw. Diskriminierungserfahrung berühren, angehört wird.

B. Staatliche Verstärkung in der Eindämmung von institutioneller Diskriminierung

1. Dauerhafter Erhalt der Beauftragten für Integration und Antirassismus auf höchster staatlicher Ebene (Kanzleramt) sowie eine gleichbleibende finanzielle Ausstattung der Projekte.
2. Neuauflage eines verbindlichen Nationalen Aktionsplans gegen Rassismus, dem eine verbindliche Rassismus-Definition zu Grunde liegt.
3. Novellierung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG), einschließlich Ausdehnung auf staatliches Handeln.
4. Erhebung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes zur obersten Bundesbehörde mit umfassenden Rechten und einem Budget von mindestens 40 Millionen Euro.

C. Politische Bildung und Demokratieförderung

1. Fortführung des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ auf Basis eines Demokratiefördergesetzes sowie Stärkung weiterer Bundesprogramme wie „Menschen Stärken Menschen“.
2. Professionalisierung, gezielter Ausbau und projektunabhängige Finanzierung von community-basierten Beratungs-Strukturen mit migrantischen Selbstorganisationen durch die Bundesböden, u.a. durch die Erweiterung der Strukturförderung für migrantische neue deutsche Organisationen beim BAMF und die Schaffung eines Zentrums für bundesweite Migrant*innenorganisationen mit Büros in jedem Bundesland.
3. Gezielte Förderung von Migrant*innenorganisationen und neuen deutsche Organisationen in Ostdeutschland.
4. Institutionelle Stärkung (ohne Generalverdacht) von zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich für



Demokratie einsetzen.

5. Umsetzung der fortgesetzten UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft durch konkrete Maßnahmen der Bundesregierung.
6. Finanzierung von Forschung, die der Vielfalt Deutschlands entspricht, und die Perspektiven aller einbezieht durch die Einführung einer Förderrichtlinie zu Community-basierter Forschung, die v.a. die Expertisen marginalisierter Gruppen adressiert und somit zur Demokratisierung der Forschungslandschaft beiträgt.

D. Innere Sicherheit für alle

1. Konsequente Bekämpfung von Rechtsextremismus als größte Gefahr für unsere Demokratie.
2. Konsequente Verfolgung von und Anwendung des bestehenden Strafrechts gegenüber Straftätern statt einer Vermischung von Themen der inneren Sicherheit mit aufenthaltsrechtlichen Fragen.
3. Flächendeckende, niedrighschwellige und mehrsprachige psychosoziale Versorgung, um Radikalisierungstendenzen frühzeitig entgegenzuwirken.

E. Humanität und Verantwortung

1. Klares Bekenntnis zur Genfer Flüchtlingskonvention und eine humane Umsetzung des Asylrechts.
2. Wahrung von Schutzrechten auch an den Grenzen Deutschlands sowie eine menschenrechtsbasierte Aufnahmepolitik.
3. Faire Asylverfahren und menschenwürdige Aufnahmebedingungen, einschließlich Gesundheitsversorgung, Familiennachzug und Angeboten flächendeckender, psychosozialer Begleitung.
4. Keine Abkommen mit und keine Abschiebung in Länder, in denen Erwachsenen und ihren Kindern eine Zwangsrekrutierung für bewaffnete Konflikte droht.
5. Echte Teilhabe für Geflüchtete, durch Zugang zu Arbeit, gesicherte Ausbildung und gesicherte Finanzierung von Integrations- und Sprachkursen sowie erleichtertes Bleiberecht.
6. Abkehr von der Bezahlkarte für Geflüchtete, da sie Bürokratie und Versorgungshürden schafft.
7. Verknüpfung von Bundesaufnahmeprogrammen mit spontanen Asylverfahren für eine flexiblere Steuerung.
8. Programme der Regularisierung für Menschen in aufenthaltsrechtlicher Illegalität nach Prinzip der Verwurzelung z.B. durch Nachweis eines ununterbrochenen Aufenthalts von drei Jahren und der Vorlage eines Arbeitsvertrages.
9. Eine Erweiterung von § 25c AufenthG bei Erfüllung zentraler Voraussetzungen wie Sprachkenntnisse, keiner Verurteilung wegen vorsätzlicher Straftaten und Bereitschaft zur hinreichenden Lebensunterhaltssicherung.
10. Anrechnung ehrenamtlicher Tätigkeiten als Teil der Lebensunterhaltssicherung für die Erteilung eines Aufenthaltstitels, unterstützt durch die Schaffung einer Koordinationsstelle bei Ausländerbehörden mit Kontakten zur Wohlfahrt.

F. Zugang zum Arbeitsmarkt und moderne Einwanderungsgesellschaft

1. Abbau bürokratischer Hürden bei der Anerkennung von Abschlüssen und Qualifikationen aus dem Ausland. Dazu gehört die Möglichkeit einer nachweislich erlangten Qualifikation durch eine sozialpflichtige Beschäftigung.
2. Optimierung von Ankunftsstrukturen durch Entbürokratisierung, Zentralisierung und Digitalisierung, u.a. durch ein One-Stop-Government-Verfahren.
3. Aufbau von Bildungscampussen zur gezielten Förderung von Qualifikationen; bestenfalls in Zusammenarbeit mit relevanten Stakeholdern aus Wirtschaft und Industrie.
4. Zugang zum Arbeitsmarkt für Geflüchtete von Anfang an, unabhängig vorliegender Sprachkenntnisse. Hierzu soll eine zentrale Schnittstelle geschaffen werden zwischen Ausländerbehörden und Jobcentern.



5. Förderung der gezielten Migration durch ein Bundes-Fachkräfteprogramm zur Deckung des Fachkräftebedarfs mit klaren Regeln, schnellen Anerkennungsprozessen von beruflichen Qualifikationen und auf Grundlage von fairen Anwerbeabkommen.
6. Vereinfachter Zuzug von Selbstständigen und Unternehmern zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes. Hierzu gehört die Einführung eines Firmengründungsvisums, beschleunigte Verfahren nach § 81a AufenthG und die Reformierung alter Regelungen (§21 AufenthG).

G. Außen- und Entwicklungspolitik Deutschlands

1. Anwendung allgemein geltender Menschenrechtsprinzipien und Konventionen in allen Bereichen der Außen- und Entwicklungspolitik, insbesondere Fortbestehen der Grundprinzipien einer feministischen, Mädchen und Frauen fördernden Außen- und Entwicklungspolitik.
2. Umsetzung eines wirksamen Lieferkettengesetzes zur Durchsetzung aller Menschenrechte, insbesondere von Kinderrechten.
3. Entwicklung neuer Impulse zur Aufarbeitung der Zeit der Versklavung, der Kolonialzeit, der Zeit des Nationalsozialismus und des geteilten Deutschlands und deren Auswirkungen bis zum heutigen Tag aus der Perspektive und in Kooperation mit den Organisationen und Communities der Nachfahren der Opfer, einschließlich der Restitutionsen u.a. von Fragmenten menschlicher Körper und entsprechender Reparationen für begangene Genozide und Gräueltaten.

Die Bundeskonferenz der Migrant*innenorganisationen (BKMO)

Der Vorstand

Mamad Mohamad, Landesnetzwerk Migrant*innenorganisationen Sachsen-Anhalt e.V. // **Karen Taylor**, Each One Teach One EOTO e.V. // **Cana Nurtsch**, Türkische Gemeinde in Deutschland e.V. // **Leyla Akpinar**, Young Voice TGD e.V. // **Michael Allimadi**, Panafrikanische Organisation // **Ehsan Djafari**, Iranische Gemeinde in Deutschland // **Marianne Ballé Moudoubou**, Pan-African Women's Empowerment & Liberation Organization (PAWLO-Masoso e.V.) // **Dr. Zeynep Sezgin Radandt**, Bundeselternnetzwerk für Bildung & Teilhabe e.V. (bbt) // **Anastasia Sudzilovskaya**, Bundesverband russischsprachiger Eltern (BVRE)

Stimmberechtigte Mitglieder

AFROTAK TV cyberNomads // Ägyptisches Haus Deutschland e.V. // Amaro Drom e.V. // Arbeitsgemeinschaft von Migrantinnen, Migranten und Flüchtlingen in Niedersachsen (amfn) e.V. // Arbeitskreis für Interkulturelle Verständigung (AKIV) e.V. // Bundeselternnetzwerk der Migrant*innenorganisationen für Bildung & Teilhabe (bbt) e.V. // Bundesverband ausländischer Studierender (BAS) e.V. // Bundesverband Deutsch-Arabischer Vereine in Deutschland e.V. // Bundesverband interkultureller Frauen in Deutschland e.V. (BIFeV) // Bundesverband russischsprachiger Eltern (BVRE) e.V. // Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat (BZI) // Bündnis für Entwicklungspolitik mit Afrika (BEA) e.V. // Dachverband der Migrant*innenorganisationen in Ostdeutschland (DaMOst) // Deutsch-Afrikanisches Wirtschaftsforum NRW // DeutschPlus e.V. // djo – Deutsche Jugend in Europa // Each One Teach One (EOTO) e.V. // Föderation Türkischer Elternvereine in Deutschland (FÖTED) e.V. // Haus der Kulturen Lateinamerikas e.V. // InterComites Deutschland // Iranische Gemeinde in Deutschland (IGD) e.V. // JuMu Deutschland gGmbH // Landesnetzwerk Migrant*innenorganisationen Sachsen-Anhalt (LAMSA) e.V. // Netzwerk der Migrant*innenorganisationen in Mecklenburg-Vorpommern (Migranet-MV) // MigraNetz Thüringen // Migrations- und Integrationsrat Land Brandenburg e.V. // neue deutsche organisationen (ndo) e.V. // Pan-African Women's Empowerment & Liberation Organisation (PAWLO-Masoso Germany) // Panafrikanische Organisation // Polnischer Sozialrat e.V. // südost Europa Kultur e.V. // Türkisch-Deutsche Studierenden und Akademiker Plattform (TD-Plattform) e.V. // Türkische Gemeinde in Deutschland (TGD) e.V. // Verband afghanischer Organisationen in Deutschland (VAOID) // Verband Deutsch-Syrischer Hilfsvereine (VDSH) e.V. // Verband für interkulturelle Wohlfahrtspflege, Empowerment und Diversity (VIW) e.V. // Verband Griechischer Gemeinden in der Bundesrepublik Deutschland e.V. // Verein Kamerunischer Ingenieure und Informatiker (VKII) e.V. // Verein zur Wahrung der Menschenrechte in Vietnam (MRVN) e.V. // Vereinigung MandatsträgerInnen Afrikanischer Abstammung (VMA) e.V. // Vietnam Zentrum e.V. // YAAR e.V. // Young Voice TGD e.V. // ZAN e.V. // Zentralrat der afrikanischen Gemeinde in Deutschland (ZAGD) e.V. // Zentralrat der Serben in Deutschland (ZSD) e.V.

Kooperierende Mitglieder

ADDE e.V. // Alkawakibi Verein e.V. // Assorti gUG // Beirat für Integration und Migration der Landeshauptstadt Magdeburg // Bremer Rat für Integration (BRI) // Bunte Brise e.V. // Caritas gemeinnützige GmbH // Club Dialog e.V. // Deutsch-Spanische Freundschaft (DSF) e.V. // Deutsche Perspektive e.V. - deutsch-ukrainischer Verein // Forum der Migranten und Migrantinnen im Paritätischen // Gesellschaft für interkulturelles Zusammenleben (GIZ) gGmbH // Hellenische Gemeinde zu Berlin e.V. // I.B.I.K e.V. – Integration. Bildung. Internationale Kultur // Interkultureller Beirat – Stadt Lahr // Iranischer Frauenverein PARTO e.V. // Jüdische Gemeinde Landkreis Barnim e.V. // Kommunale Ausländer- und Ausländerinnenvertretung der Stadt Frankfurt am Main (KAV) // korientation e.V. // LeMi – Bundesnetzwerk der Lehrkräfte mit Migrationsgeschichte e.V. // Loom e.V. // Nepali Samaj e.V. // Open Deutsch UG // Oromo Horn von Afrika Zentrum (OHAAZ) e.V. // Rumänisch-Deutsche Vereinigung in Baden-Württemberg e.V. // Transnational Corridors (TC) e.V. // Türkische Studentenplattform Frankfurt (FraTÖP) e.V. // Vietnamesischer Verein Trier und Umgebung e.V. // Verband für interkulturelle Arbeit (VIA) e.V. // Wir im Brunnenviertel (WIB) – Förderung und Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund und ihren Familien e.V.

